

SPD Sozialdemokratischer PRESSEDIENST

Verlag und Redaktion:
Hannover, Georgstr. 33

P/II/11

spd Hannover, 4. Febr. 47
Blatt - 1 -

Die Eltern der Nazis

H.S. Es ist höchste Zeit, dass die Vorfahren des Nationalsozialismus festgestellt werden. Sonst wird nämlich in dieser Zeit, in der der Nationalsozialismus mit der Wurzel ausgerottet werden soll, nur die übel duftende Blüte geknickt. Die Verhandlungen vor dem Nürnberger Militärtribunal gegen die erste Serie der Kriegsverbrecher boten nur in geringem Umfange Gelegenheit, die politischen Hintergründe des Nationalsozialismus aufzuhellen. Die Spruchkammerverfahren in Süddeutschland, vor allem das Verfahren gegen von Papen haben weit mehr Anlass gegeben, den Blick auf die Vorfahren der Nazis zu richten. Es ist eine der zahlreichen erstaunlichen Tatsachen unserer Tage, dass die für die Zeit nach dem Zusammenbruch des Naziregimes erwarteten Enthüllungen ausbleiben. Nur hier und dort erscheinen in einigen Zeitungen und zuweilen in einer Broschüre, die aus Mangel an Papier im Verborgenen bleibt, einige interessante Informationen, die dem ganzen Volk bekannt werden müssten, damit es daraus lerne. Es ist schon viel versäumt worden, fast zu viel. Eines aber darf nicht geschehen, dass nämlich die, die für die Politik der vergangenen dreizehn Jahre verantwortlich sind, übersehen oder gar vergessen werden. Das Wort "Mitgebilligter des Nationalsozialismus" ist hart aber treffend und es ist nötig, dass die, die in solcher Weise den Nazis behilflich waren, heute genau so zur Verantwortung gezogen werden wie die Nazis selber. Sie können und dürfen nicht davonkommen mit der Behauptung, sie hätten nicht wissen können, was sie für ein Unglück heraufbeschwören würden. Solche Antwort ginge an der Tatsache vorbei,

aus lange vor 1933 die Entwicklung eines nationalistischen Regimes mit allen schrecklichen Folgen vorausgesagt wurde. Der Ruf der Demokraten "Wählt Adolf Hitler" - und ihr wählt den Krieg" war die prägnante Formel für die sicheren Voraussagen, die damals gemacht werden konnten, weil die tragenden Kräfte des Nationalsozialismus, weil die Vorfahren der Nazis und damit - um in ihrem Wortschatz zu sprechen - ihr Erbgut bekannt waren.

An der Wiege der Nazis standen die Militärs, die den ersten Weltkrieg verloren hatten und die Besitzenden des grossen Kapitals, die begriffen hatten, dass die 1918 eingeleitete Demokratisierung des politischen Lebens trotz aller Zughaftigkeit der Weimarer Republik doch einmal auch ihnen in der Wirtschaft die Macht aus den Händen winden würde. Die Parteien der Rechten und die Wehrbünde und unter ihnen der "Stahlhelm" als ihr sichtbarster Exponent, halfen den Nazis als dem geistverwandten grösseren Bräuer in den Sättel. Sie witzelten über die schlechte Figur, sie empörten sich über manchen Ritt, der ihre Fluren zerstörte, aber sie gaben den Reiter Pferd und Sattel, Ställe und Reitknechte. Wenn heute Dürstberg, der ehemalige zweite Vorsitzende des "Stahlhelms" in Nürnberg gegen Papen zeugt, nachdem er bis 1933 nach seinen Kräften Demokratie und Republik bekämpfte, wenn heute in mancher Regierung des demokratischen Deutschlands (übrigens keinesfalls nur in der Westzone) Männer sitzen, die einst als der verhätschelten braunen Kinde immer von neuen Hilfe gaben und Käfige angezeichnet liessen, so sollte über dem Heute des Damals nicht vergessen werden, über den Hass, der heute vielfach spürbar ist, nicht die Buneigung von einst, über den Bestreben, sich als Gegner zu exponieren nicht das Bemühen, ein Förderer gewesen zu sein. Die Deutschhätte - nalen und ihre Kollegen aus den Harzburger Front, die jetzt Cairig ihre Gegnerschaft gegen die Nazis betonen, können nicht einmal in Anspruch nehmen, dass das einst geliebte Kind später missraten sei. Als sie es 1933 ins Leben entliessen, war es längst in den Anlagen seines Charakters bekannt, und es gab an Morden und Verbrechen jeder Art allzu zahlreiche Zeugnisse, als dass übersehen werden konnte, welche Haus aus den Hänschen der Münchener Revolution von 1923 geworden war.

Die Nutzenwendung: Es ring 1919 nicht mit den Nationalsozialisten an, aber es endete 1945 mit ihnen. Zwischen 1919 und dem Beginn der braunen Herrschaft 1933 liegt eine Entwicklung, die genau zu studieren und sich in das Gedächtnis zurückzurufen heute eine Aufgabe von nicht zu überschätzender Bedeutung ist. In diesem Zeitraum aber ist auch eine Schuld entstanden, die jene auf sich geladen haben, die das Aufkommen des Nationalsozialismus, wichtiger gesagt des hemmungslosen Nationalismus unterstützten und förderten. Es ist nicht nur wichtig, heute die Methoden und die Personen zu kennen, die damals die Schuld auf sich luden und das Unglück herbeiführten, es ist wichtiger, die Anzeichen zu sehen, die auch heute wieder darauf hindeuten, dass wir auf dem Wege sind, von neuem eine Politik der Masslosigkeit zu beginnen, die Infamie eines unterirdischen Kampfes gegen Personen zum Bestandteil politischer Arbeit zu erheben und den Appall an den Instinkt und die Erziehbildung für nützlich zu halten, als man an die Einsicht und Vernunft. Um der Zukunft Deutschlands willen: Es kann nicht früh und nicht nachhaltig genug darauf hingewiesen werden, dass die sozialistische Demokratie, die wir zu bauen begonnen haben, weder solche Unterhöhlung verträgt, noch dulden wird.

Der Exekutivausschuss der amerikanischen Gewerkschaft AFL hat die Vereinigung der AFL mit der anderen grossen Gewerkschaft CIO angeregt. Zweck der Vereinigung soll es sein, gemeinsam eine Gesetzgebung zu beschaffen, die sich gegen die Gewerkschaft richten könnte.

Der Angriff auf die Gewerkschaften

Revision der amerikanischen Arbeitsgesetzgebung

von S. Aufhäuser - New York

In der Zeit von 1933 bis 1945 hatte Präsident Franklin D. Roosevelt in Zusammenhang mit einer grossunglückten staatlichen Konjunkturpolitik eine grundlegende Sozialreform durchgeführt, in deren Mittelpunkt der National Labour Relations Act stand, ein Gesetz zur Anerkennung freier Arbeitsgewerkschaften, die berufen sind, ihre Mitgliedschaften in Kollektivverhandlungen zur Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen gegenüber den Unternehmensorganisationen zu vertreten. Beide Vertragspartner hatten volle Selbstverwaltung in der Durchführung der Tarifverträge ohne irgendwelches Eingreifen der ordentlichen Gerichtsbarkeit.

Die Gewerkschaften hatten unter diesem System ein Heer von 15 Millionen organisierte Arbeiter und Angestellte gesammelt. Ihr Einfluss auf den Arbeitsmarkt ist bemerkenswert geworden. Der Lebensstandard der amerikanischen Bevölkerung hat sich auf der Basis der Kollektivverträge auf höchstem aller Länder entwickelt. In den Kriegsjahren war die Produktion des Landes unter diesem System geregelter Beziehungen zwischen Kapital und Arbeit zu einer Spitzenleistung in der Wirtschaftsgeschichte angestiegen. Dagegen haben sich seit Kriegsende um die Gespaltung von Preis, Lohn und Industriegewinne über, zusammenfassend ausgedrückt, bei der Neuverteilung des gewaltig vermehrten Nationalinkommens wachsende soziale Arbeitskämpfe ergeben, die schon im Vorjahr zu mehrfachen Versuchen im Parlament führten, das Streikrecht und die Bewegungsfreiheit durch Gesetz einzuschränken. Mit den Neuwahlen vom November 1946 hatte die bisherige Regierungspartei eine schwere Niederlage erlitten. Mit dem Zusammentritt des neugewählten Parlaments ist die der Arbeiterbewegung ungünstige Mehrheit sofort aktiv geworden, indem eine Fülle von Vorschlägen, Anträgen und Gesetzesentwürfen zur Beschränkung der Gewerkschafts- und Streikfreiheit in Presse, Radio und Versammlungen bekannt gemacht wurden.

Ein Antistreikgesetz enthält Bestimmungen über eine "Akkühlungsfrist", die vor Eröffnung einer ArbeitsEinstellung eingelegt werden soll. Für lebenswichtige Unternehmungen, wie Bergbau, Verkehr usw. wird das Streikrecht aufgehoben, ohne dass den Arbeitern solcher Privatbetriebe ein Äquivalent geboten wird, um ihre Arbeitsbedingungen verbessern und die Löhne den erhöhten Preisen anpassen zu können. Bei Vertragsverletzungen, Verfehlungen der Streikposten sind empfindliche Strafen für Funktionäre und Mitglieder vorgesehen. Die ordentliche Gerichtsbarkeit wird wieder in kollektive Arbeitsstreitigkeiten eingeschaltet. Für die wesentlichen Industrien kommt ein Zwangsschlichtungsverfahren zur Einführung. Der "geschlossene Gewerkschaftsbetrieb", d. h. ein Tarifvertrag, wozu alle Mitglieder der Belegschaft der Vertragsgewerkschaft gehören müssen, soll gesetzlich aufgehoben werden.

Tarifverträge, die bisher den ganzen Bereich eines Industriezweiges erfassten, sollen lokal zerlegt werden. Kontrolle der Gewerkschaftsfinanzen und ähnliche Vorschriften würden die Verbände ihrer bisherigen Autonomie entkleiden und schliesslich ist beachtlich, das erwähnte Grundgesetz, den National Labor Relations Act, der zum Schutz der Arbeiterorganisationen bestimmt war, im Prinzip abzuschaffen. Die Antragsteller verlangen die Gleichheit der Unternehmern mit den Arbeitern, während das bestehende Gesetz bewusst für die wirtschaftlich Schwächeren einen erhöhten Schutz vorgesehen hatte, um sie mit den wirtschaftlich Stärkeren auf einer Basis gleichberechtigter Verhandlungen vereinigen zu können.

Die Gewerkschaftsbewegung, die in diesem Lande keine nennenswerte politische Arbeiterpartei hat, um im Parlament auftreten zu können, ist nach Jahren des Aufschwungs in eine Verteidigungseinstellung gedrängt. Ihre ausserparlamentarische Abwehraktion hat bereits eingesetzt und es ist zu hoffen, dass sich auch innerhalb des Parlaments genügend Widerstandskräfte entfalten werden, um den Angriff auf die Gewerkschaftsorganisationen abzuschlagen. Die breiteste Front der Gewerkschaftsgegner besteht im Abgeordnetenhaus, während in Senat eine Abmilderung von radikalen Anträgen zu erwarten ist. Schliesslich vertritt Präsident Truman, die Exekutive des Landes, in der Gewerkschaftsfrage einen gemässigten Standpunkt und sein Veto kann im späteren Stadium die Gesetzgebung ausgesprochen arbeiterfeindlicher Parlamentsbeschlüsse noch verhindern. Zunächst aber ist die amerikanische Arbeiterbewegung in den nächsten Wochen und Monaten vor eine ihrer bisher schwersten Belastungsproben gestellt. Dabei kann ihr die kommende Präsidentschaftswahl, die im November 1948 stattfindet, zum Bundesgenossen werden. Denn die Republikanische Partei, die heute über die Mehrheit im Senat und Abgeordnetenhaus verfügt, wird in ihrer Führung weise genug sein, um sich die Millionen der Arbeiterwähler nicht vorzeitig zu Feinden gegen ihren Präsidentschaftskandidaten zu machen.

(b/16/311/1/16)

Der Sudan - ein neues UMO-Problem

Die politische Problematik im Nil-Tal

Wohl die kürzliche Nachricht vom Abbruch der englisch-ägyptischen Verhandlungen zur Revision des Ägypten-Vertrages von 1936 musste jeden überraschen, der nicht mit der Praxis der staatsmännern im Vorderen Orient vertraut ist, klare Positionen zu vernebeln und spruchreifen Entscheidungen durch Ausweichen auf Nebengebiete aus dem Wege zu gehen. Das britische Labour-Kabinett hatte, seit es im Vereinigten Königreich die politische Führung übernommen hatte, alles getan, um - wie den Indern - so auch den Ägyptern volle Freiheit und Selbstregierung zu gewährleisten. Es hatte dafür von Seiten der Konservativen heftigste Vorwürfe einstecken müssen, die bis zu der Besetzung gingen, Africa verschonke, was die Verlierer mit ihrem Blute gewonnen hätten, und jeder Tag bringe seit der Hochsommer 1945 eine neue Katastrophennachrichtung über das Abbrechen des Empire.

Warum haben die Ägypter das grosse englische Entgegenkommen nicht zu würdigen vermocht? Gab das britische Kabinett ihnen auf ihrem eigenen Gebiet nicht alle Rechte, alle Bewegungsfreiheit, die sie nur wünschen konnten? Gewiss, es tat alles, um die ägyptische Freiheitsbewegung, den Unabhängigkeitskampf der Bewohner des unteren Nilgebietes zu befriedigen. Der Abbruch ist eine Folge verletzter demokratischer Empfindungen und Gefühle; der ägyptische nationale Imperialismus hat die Verhandlungen zum Scheitern gebracht.

Wenn die Engländer sich aus Ägypten zurückzuziehen bereit wären, so hätten sie dabei nur die Interessen ihres eigenen Weltreiches gegen ihre liberalen und demokratischen Überzeugungen abzuwägen. Die Kairoer Regierung aber verlangte mehr: sie wollte, dass London ihr zugleich das Gebiet am Oberlauf des Nils übergäbe, das als "Sudan" bisher ein Kondominium, ein Land gemeinsamer Herrschaft von Briten und Ägyptern bildet. Es ist von rund 7 Millionen Menschen arabischen Stammes bewohnt, die ihrer Nationalität nach nichts mit den nördlichen Nachbarn zu tun haben. Auch die Naturschätze sind nicht derart, dass Kairo einer besonderen Rolle darin schon müsste, in Chartum und Omdurman zu herrschen. Zwei Momente begründen den Anspruch der Ägypter auf dieses fremde Gebiet: Tradition - eine gerade im Vorderen Orient sehr starke Kraft - und die Herkunft des Nilwassers. Der Reichtum des Nilflusses hängt einzig und allein von dem heiligen Strom ab, der, wie sie glauben, gewaltige Enten ermöglicht. Ihn in seinem ganzen Verlaufe in eigenen Besitz zu haben, war seit je das Streben der ägyptischen Herrschschaft. So kam sie auch jetzt zu dem Schluss, dass die eigene Freiheit nichts wert sein könnte, wenn sie nicht zugleich mit der Oberhoheit über den Sudan verbunden sei.

Könnten die Briten den nationalistischen Anspruch Kairo nachgeben? Sie standen für weitestgehende Freiheit und Selbstbestimmungsrecht - die Wahlplattform der Labour-Partei. Was sagten die Sudanesen zu dem ägyptischen Anspruch? 95% der Ackerbau- und Viehhirten der das Land bewohnen, sind bisher politisch uninteressiert gewesen. Der Rest der Einwohner ist in zwei grosse Parteien gespalten, die Umma und die Aschigga. Während die ersten jede Annäherung Ägyptens in die Verhältnisse des Sudan ablehnen, begünstigen letztere eine beschränkte Union mit den nördlichen Nachbarn. Der Zwist zwischen beiden wird dadurch verschärft, dass sie mit bestimmten mohammedanischen Richtungen mehr oder minder identisch sind. Die Feinde einer ägyptischen Palleisouveränität sind Mahdisten, gehören also der radikalen Richtung an, die vor 60 Jahren alle Fremden vom Oberlauf des Nils vertrieb und in starkem religiösen Fanatismus das Leben der arabischen Stämme auf Grund der Lehren des Propheten erneuern wollte. Ihr Gegensatz gegen die reichen nördlichen Nachbarn ist traditionell. Er ward im Augenblicke noch gesteigert durch die Kairoer Propaganda, die ihren heutigen Führer, Abd el Rahman el Mahdi, als einen nackten Wilden darstellt. Die Ägypter behaupten, dass sich diese Unabhängigkeitspartei der Umma auf "Kapitalisten und Feudalisten" beschränke. Das ist nicht richtig; sie umfasst allgemein die gutsituierten Viehhirten der westlichen und südlichen Stämme, während die Stämme vor der ägyptenfeindlichen Aschigga-Partei beherrscht werden, die mehr die Intellektuellen zusammenfasst. Diese fürchten, dass die völlige Ausschaltung des Kairoer Einflusses die orthodoxen Mahdisten in die Macht bringen würde.

Beide Parteien sind sich darin einig, dass eine Selbstregierung des Sudan in der gegenwärtigen Generation noch nicht möglich ist, dass vielmehr zunächst eine Erziehung der Bevölkerung in Richtung auf eine Verstärkung der bereits vorhandenen Selbstverwaltungskörperschaften nötig ist. Als die Verhandlungen in Kairo begannen, waren die beiden Gruppen auf das gemeinsame Programm festgelegt, dass sowohl eine Union mit Ägypten wie ein Bündnis mit Grossbritannien nötig sei. Später übernahmen dann die Aschigga den Kairoer Standpunkt - offenbar aus taktischen Erwägungen. So kam es zur Spaltung innerhalb der sudanesischen Volksrepräsentation, die nun durch das Scheitern der britisch-ägyptischen Verhandlungen so bedauerlich ergänzt worden ist.

Die Londoner "Times" gab in einer ausführlichen Darstellung der Verhältnisse des Sudan, wesentlich der Auffassung Ausdruck, dass die Masse der Bevölkerung vor allem an einer Fortdauer der Ruhe interessiert sei, wie sie seit über zwei Jahrzehnten, im Zeichen des britisch-ägyptischen Kondominiums, am Oberlauf des Nils herrschte. In ihrem Zeichen seien Sicherheit, Besitz, Weidrechte geschützt, der Wohlstand gehehrt worden. Der Streit sei deshalb den breiten Massen unwillkommen. (b/542/1247/1/ho)

Erkenntnisse und Forderungen

Eine bemerkenswerte Stimme aus der CDU

Vor einiger Zeit veröffentlichte der Oberbürgermeister Wilhelm Elfes in München-Gladbach, der sich zur Christlich Demokratischen Union rechnet, einen Artikel unter der Überschrift "Christ und Sozialist", der besondere Beachtung und weiteste Verbreitung verdient.

"Gibt es einen christlichen Sozialismus? So wenig wie es eine christliche Seifenfabrik gibt. Eine Seifenfabrik ist ein wirtschaftliches Unternehmen und der Sozialismus ist ein wirtschaftliches System." So begann er. Und man möchte sich auf eine Art schwerer Säbelkiste der Polemik gefasst. Aber dann folgten sehr eingehende und wohl überlegte Darstellungen zur Thematik, die - dreissig Kilometer von Wetzlar - Dr. Lehmann und aus dessen unmittelbarer Parteihängerschaft stammend - leppelte Beachtung verdienen. Einige der markantesten Ergebnisse und Forderungen seien hier wiedergegeben:

Im Vordergrund steht vielmehr die Absicht, Geld zu verdienen, Gewinn zu erzielen, Kapital anzukufen und dieses Kapital in seiner Rentabilität zu sichern und zu steigern. Nicht die möglichst gute Bedarfsdeckung, sondern die möglichst hohe Rentabilität des Kapitals ist das beherrschende Prinzip der kapitalistischen Wirtschaftsweise. Und dieses Prinzip wird alles untergeordnet, ja sogar geopfert - auch der Mensch; der Mensch als Arbeiter, der Mensch als Konsument, der Mensch als Persönlichkeit, der Mensch in seiner ganzen Existenz.

Der christlich Denkende unserer Zeit, der ernstlich danach strebt, christlich zu leben und allen ein christliches Leben zu ermöglichen, muss unabwendbar in einen scharfen Gegensatz zum kapitalistischen Wirtschaftssystem geraten.

Ist nun der Sozialismus das beste Mittel, den Kapitalismus zu überwinden? Das muss die Praxis noch erst erweisen. Man kann allerdings schon sagen, dass alle anderen Versuche bisher misslungen. Alle Unternehmungen, durch moralische oder gesetzliche Massnahmen die "Auswüchse" des kapitalistischen Systems zu schleifen oder dieses System im ganzen zu reformieren, gewissenmassen zu humanisieren, sind an Ende geschickert,.....

Nun scheint die Tat des Sozialismus das letzte und einzig erfolgversprechende Mittel gegen den Kapitalismus zu sein....

Und es kann gar keinen Zweifel unterliegen, dass diese Forderung einer Sozialisierung der Wirtschaft heute einen aus der Tiefe der Volksseele kommenden allgemeinen Verlangen entspricht. Es sind nicht nur die Arbeiter, sondern auch weite intellektuelle Volksschichten und besonders die Massen unserer kriegsgefangenen Jugend erfüllt. Das sozialistische Verlangen ist auch in christlichen Volk erwacht, Arbeiter und Intellektuelle - unter ihnen besonders die Jugend - streben aus religiöser Lebensauffassung heraus eine neue Staats- und

Gesellschaftsordnung an. Sie haben den Sozialismus in ihr Ordnungsbild aufgenommen und bekennen sich lebhaft zu ihm. Aber ihr Bekenntnis ist doch nicht ganz ohne Vorbehalt, und zwar aus einer tiefen Sorge um die Menschenwürde. Vielleicht lässt sich in zwei Sätzen sagen, was damit gemeint ist: der Sozialismus, schapfisch durchgeführt, trägt die Gefahr des Kollektivismus in sich; der Kollektivismus aber hat die Nivellierung und Auslöschung der menschlichen Persönlichkeitswerte zur Folge.

Bei der Sozialisierung grosskapitalistischer Unternehmungen braucht man im Zugriff nicht zögern zu sein; denn sie sind es ja auch nicht gewesen. Die Mittelbetriebe aber sollten in ihrer privaten Existenz erhalten, die Kleinbetriebe sogar begünstigt und gefördert werden.

Sozialisieren heisst; Aufheben des Privateigentums an den Produktionsmitteln und ihre Überführung in Gemeineigentum heisst noch nicht ohne weiteres; verstaatlichen. Verstaatlichung schafft neue und schwerfällige Bürokratie, und wir haben leicht zuviel davon. Verstaatlichung bedeutet auch Erhöhung der Staatsmacht, die wir nach der Tyrannei von gestern nicht noch einmal zürückerlösen möchten. Die beste Form des Gemeineigentums muss erst gefunden werden. Vielleicht liegt sie in einer Verbindung von Staat und Werke- und Verbrauchergenossenschaft: die Werksgenossenschaft als Trägerin, die Verbrauchergenossenschaft als beteiligte Kontrolle; der Staat als übergeordnete aufsichtsinstanz."

Wir versichern mit Nachdruck, dass hier nicht Sätze aus den Zusammenhang herausgerissen wurden, die nicht der Grundtendenz des ganzen Beitrages entsprechen. Elies wendet sich zum Schluss dagegen, die von ihm skizzierten Forderungen als christlichen Sozialismus zu bezeichnen. "Man sollte mit dem Begriff und Praktikum 'christlich' etwas sparsamer und vor allem etwas sträflicher umgehen, schreibt er. Wem sagt Herr Elies das? Vielleicht seiner Partei, die auf eine allzuheilig peinlich aufringliche Weise aus diesem Begriff für sich und nur für sich politisches Kapital zu schlagen sucht. Uns jedenfalls scheint die politische Entfernung des Verfassers dieses Artikels zu dem Geist der CDU-Führung, zumindest wie er in Westdeutschland ausgebeugt ist, viel weiter zu sein, als zu anderen politischen Strömungen, die ausserhalb des Rahmens der Union stehen. (2/1/42/1/20)

Arbeiterführer wird Generalgouverneur

Zum ersten Male in der Geschichte Australiens wurde ein "Mann des Volkes" zum Generalgouverneur von Australien ernannt. Es handelt sich um den Ministerpräsidenten der Arbeiterregierung von Neu Südwales, William J. McKell, der soeben zum Nachfolger des Duke of Gloucester bestimmt wurde. "Billy" McKell, der in 56. Lebensjahr steht, stammt aus einer kinderreichen Familie in Sidney und verliess als 13-Jähriger die Schule, um bei einem Kesselschmied als Lehrling einzutreten. Er wurde frühzeitig Sozialist, avancierte zum Sekretär der Kesselschmiede-Gewerkschaft und wurde 1917 als Mitglied der Labour Party in das Parlament von Neu Südwales gewählt. Als Parlamentsmitglied machte McKell ausgedehnte Reisen durch England und Amerika und studierte gleichzeitig Rechtswissenschaft, so dass er 1925 zum Richter gewählt werden konnte. 47 Jahre lang wohnte er in Referra, einem Arbeiterviertel von Sidney. (2/Bio/42/1 ne)

Verbietet Clay die Sozialisierung?

Wie der Berliner Korrespondent der "New York Herald Tribune" meldet, erklärte Generalleutnant Lucius Clay, dass Dr. Viktor Gortz keine Erlaubnis erhalten werde, seinen neuen Posten als Vorsitzender des Zentralrates für Wirtschaft in Minden dazu zu benutzen, den industriellen Sozialismus in der britischen und amerikanischen Zone einzuführen.

General Clays Erklärung hing mit einem Bericht aus Bremen zusammen, dass der Senat Bremens, das jüngst zu einem eigenen Land in der amerikanischen Zone erhoben wurde, Senator Hermann Welters, ein Mitglied der Sozialdemokratischen Partei, zu seinem Vertreter im Zentralrat für Wirtschaft bestellt und den bisherigen Vertreter, Gustav Harsmann, einen Parteilösen wie Dr. Müller, zurückgezogen habe. Nach dem genannten amerikanischen Blatt besteht aller Anlass zu der Annahme, dass General Clay entsprechende Anweisung nach Minden gegeben hat. Die offizielle Stellung der amerikanischen Militärregierung zur Sozialisierung der Industrie sei im Prinzip nicht abzunehmen, aber die glaube, dass vorher ein direkter Wahlentscheid des deutschen Volkes notwendig sei.

Bis zur Herausgabe dieser Ausgabe aus des Dienstes lag in Minden noch keine amtliche amerikanische Stellungnahme vor, die eine Bestätigung dieser Meldung bedeutet hätte. (Die Red.) (n/Blo/42/1/46)

Ständige französische Garnisonen in Rhein?

Der zweite Teil des Deutschland-Planes, von Frankreich ausgearbeitet hat und der im Laufe dieses Monats veröffentlicht werden dürfte, sieht, wie Walter Farr in der "Continental Daily Mail" aus Paris schreibt, ein besonderes Regime für das Rheinland vor. Dieses Regime würde es Frankreich ermöglichen, seine militärischen Grenzen bis an den Rhein vorzuziehen und ständige französische Garnisonen in Koblenz, Mainz, Köln und Bonn zu unterhalten. Der Plan sieht außerdem die Internationalisierung des Ruhrgebietes, die Abschaffung oder Kontrolle der deutschen Schwerindustrie, die Förderung der deutschen Fertigungs-Industrien (die Deutschland zur Bezahlung der ihm auferlegten Reparationen helfen könnten), die restlose und endgültige Abschaffung aller deutschen Streitkräfte zu Lande, zu Wasser und in der Luft, die Schaffung besonderer Polizeikräfte in den einzelnen Ländern, aber keine grosse, zentrale Polizeimacht, aufmerksame Beobachtung aller Störungen, die irgendwie militärischen Charakter tragen (insbesondere der Jugend- und Arbeiterbewegung) die Entfernung aller Nazis oder Halb Nazis aus führenden Stellungen, vollständige wirtschaftliche Integration des Saarlandes an Frankreich und Bildung einer deutschen Hauptstadt als Verwaltungszentrum der Länder, die lose in einem Staatenbund zusammengeschlossen sein sollen, vor. Die Hauptstadt sollte weder Berlin (wie die Russen vorschlagen), noch Frankfurt (für das sich wahrscheinlich die Amerikaner entscheiden dürften), sondern eine verhältnismässig unbedeutende kleine Stadt irgendwo im Zentrum Deutschlands sein. (n/B/C/42, 2/46.)

Verantwortlich: Fritz Säger, Hannover.